

Syvicol-Präsident Emile Eicher fordert die Schaffung einer Taskforce zur Bewältigung der Flüchtlingswelle aus der Ukraine

„Es muss nicht alles hundertprozentig sein“



Den staatlichen Stellen fehlt es in der aktuellen Notlage an Flexibilität und Pragmatismus, sagt Syvicol-Präsident Emile Eicher. Foto: Gerry Huberty

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

Bis Ende März sind laut Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) rund vier Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, gut die Hälfte von ihnen nach Polen. In Luxemburg haben Angaben des Außenministeriums zufolge Stand gestern 4 054 solcher Personen einen Antrag auf vorübergehenden Schutz gestellt. In 952 Fällen wurde der Schutz zuerkannt, darunter sind 598 Erwachsene (458 Frauen und 116 Männer) und 354 Minderjährige.

Die Bereitschaft, diesen Menschen zu helfen, ist groß in Luxemburg. Doch die Aufnahme und Unterbringung der Geflüchteten sowie die Beschulung der

schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen stellt die staatlichen Behörden und die Kommunen vor große Herausforderungen. „Wichtig ist“, erklärt der Vorsitzende des Dachverbands der Gemeinden Syvicol, Emile Eicher, „dass die Menschen sich bei der Immigrationsbehörde melden und registrieren lassen, denn nur so können sie ihre Rechte (Arbeitsgenehmigung, Ausbildung, Sozialversicherung usw.) vollumfänglich in Anspruch nehmen.“ Wer das nicht tut, bleibt unter dem Radar.

ONA überprüft die Unterkünfte

Eine zentrale Rolle spielt das Office national de l'accueil (ONA), das nationale Aufnahmeamt, das Außen- und Immigrationsminister Jean Asselborn (LSAP) unterstellt ist. Das Amt ist für die Organisation der Aufnahme von Antragstellern auf internationalen Schutz sowie für die Einrichtung und Verwaltung von Unterkünften für die vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern zuständig.

Zahlreiche Gemeinden haben dem ONA Unterkünfte gemeldet, allerdings müssen diese vorab vom Amt geprüft und für gut befunden werden. Doch offenbar kommt die Behörde mit der Begutachtung nicht hinterher. Das ist auf jeden Fall die Rückmeldung, die Emile Eicher von den Kommunen bekommt. „Das ONA braucht unbedingt mehr Mitarbeiter“, sagt er und denkt dabei an die krisenerprobten Helfer aus der Corona-Krise, „die wissen mit stressigen Situationen umzugehen“.

Eicher schwebt eine Art Taskforce vor, die in der Lage ist, logistische Probleme schnell zu lösen. Es fehle an Koordination und an Personal, um ein Inventar der Angebote zu machen und diese so schnell wie möglich zu prüfen. „Die Gemeinden benötigen Anleitungen, was gebraucht wird, ohne von ihnen zu verlangen, erst noch größere Investitionen zu tätigen. Es muss nicht alles hundertprozentig sein“, sagt Eicher.

Auf die Frage, ob das nationale Aufnahmeamt mit der Prüfung von Unterkunftsangeboten tatsächlich nicht hinterherkommt, heißt es aus dem zuständigen Ministerium ausweichend, das ONA konzentriere sich angesichts des starken Flüchtlingszustroms aus der Ukraine auf die Organisation großer kollektiver Strukturen. Zusammen mit der Adem und dem Centre de gestion du personnel et de l'organisation de l'Etat (CGPO) habe man einen Aufruf gestartet, um das Personal

mittelfristig aufzustocken und den Bedürfnissen entsprechend zu ergänzen. Engpässe hat es wohl noch keine gegeben. Bis dato habe man alle Menschen, die beim ONA vorstellig geworden sind, unterbringen können.

Mehr Flexibilität und Pragmatismus

Den Behörden lastet Eicher zudem einen Mangel an Flexibilität und Pragmatismus an. „Es gibt Unterkünfte oder Räume, in denen Unterricht möglich wäre, die vielleicht nicht zu 100 Prozent die Kriterien erfüllen, aber in der aktuellen Lage muss man mit dem vorliebnehmen, was da ist. Man muss Abstriche machen. Wir befinden uns in außergewöhnlichen Zeiten und da braucht man außergewöhnliche Lösungen“, findet der Syvicol-Vorsitzende. Eicher bedauert beispielsweise, dass das Kloster in Fünfbrunnen nicht als Flüchtlingsunterkunft genutzt wird. Das Kloster besteht aus einem größeren und einem kleineren Gebäude. Wie es aus dem Außenministerium auf Nachfrage heißt, kann das größere Gebäude aus Feuersicherheitsgründen nicht genutzt werden. Beim kleineren Gebäude heißt es lediglich, dass es als Unterkunft nicht zurückbehalten worden ist. Emile Eicher kann das nicht nachvollziehen. „Dort haben Mönche gelebt“, sagt er. „Warum sollen dort nicht auch Flüchtlinge leben können?“

Probleme in Sandweiler

Ein anderes Beispiel: Die Gemeinde Sandweiler kann sechs leere Klassenzimmer für 100 bis 120 Schüler zur Verfügung stellen. Aber es gibt nicht genügend Plätze in der Maison relais. „Wir können dort problemlos 20 Kinder aufnehmen, aber keine 100“, sagt Bürgermeisterin Simone Massard-Stitz (CSV). Die Gemeinde hat dem Bildungsministerium vorgeschlagen, dass die Kinder im angrenzenden Kulturzentrum zu Mittag essen. Nachmittags könnten sie gegebenenfalls an Aktivitäten der Maison relais teilnehmen. Die Option mit dem Kulturzentrum aber wurde vom Bildungsministerium verworfen. Das Gebäude erfülle nicht die vorgeschriebenen Standards und Kriterien. Auch diese Haltung kann Emile Eicher nicht nachvollziehen. „Man kann nicht vom Wunschdenken ausgehen, man muss von den Möglichkeiten ausgehen“, ärgert er sich.

Das Bildungsministerium verlangt von der Gemeinde für die Nutzung des

Kulturzentrums ein Agrément, also eine Betriebsgenehmigung. Die Bürgermeisterin schüttelt den Kopf: „Am Wochenende finden Veranstaltungen im Kulturzentrum statt, mit 150 Gästen, die dort zu Mittag essen. Dafür brauchen wir kein Agrément. Aber wir brauchen eine Genehmigung, damit dort 100 Kinder zu Mittag essen dürfen. Worum geht es eigentlich hier? Es geht darum, den Kindern zu helfen und sie zu integrieren. Da kann es nicht sein, dass Gemeinden auf diese Weise Steine in den Weg gelegt werden“, ärgert auch sie sich.

Seitens des Bildungsministeriums heißt es auf Nachfrage, man stehe mit der Gemeinde Sandweiler sowie mit anderen Gemeinden, die in einem ähnlichen Fall sind, im Dialog, um Lösungen zu finden. Im Bildungsministerium zeigt man für die Haltung der Gemeinde Verständnis, verweist aber auf die Notwendigkeit, Risiken zu vermeiden. Gegebenenfalls werde man „die Texte anpassen“. Möglich wäre auch eine außerschulische Betreuung in den Schulklassen, wenn keine regelkonformen Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Dan Biancalana, Député-maire (LSAP) aus Düdelingen, hat, wie er sagt, keine Probleme mit dem ONA. Die Stadt hat dem Bürgermeister zufolge 18 Wohneinheiten bereit gestellt, davon zehn Hotelzimmer, die alle belegt sind. Die kommunalen Unterkünfte sind noch frei.

Doch nicht alle Vorschläge, Flüchtlinge in einem Hotel unterzubringen, wurden vom ONA genehmigt, wie das Beispiel Bettemburg zeigt. Wie aus dem Sitzungsbericht des Syvicol vom vergangenen Montag hervorgeht, wurde der Vorschlag der Südgemeinde, Familien in Hotelzimmern unterzubringen, verworfen. Auch in Mersch steht das ONA auf der Bremse, in diesem Fall weil es in dem stillgelegten Motel mit 24 Zimmern, das in privater Hand ist, keinen Speiseraum und keine Küche gibt, wie Bürgermeister Michel Malherbe auf Nachfrage erklärt. Er hat in dem Fall Verständnis für die Retizienz des ONA. Generell jedoch, so steht es im Sitzungsbericht, wünschen sich die kommunalen Oberhäupter eine bessere Kommunikation und einen besseren Informationsfluss seitens der staatlichen Stellen.

Auch auf nationaler Ebene geht die Suche nach zusätzlichen Unterkünften weiter. „Sie

werden fortlaufend erweitert“, heißt es aus dem Außenministerium. Kurzfristig seien vier Aufnahmestrukturen geplant: in Nospelt, Echternach, in Esch/Alzette und im früheren „Wort“-Gebäude in Gasperich.

1 400 private Angebote

Um die Unterbringung von Flüchtlingen in Privathaushalten oder leeren Privatwohnungen kümmert sich das Familienministerium zusammen mit der Caritas und dem Roten Kreuz. Stand Donnerstag waren dem Ministerium 1 400 Angebote gemeldet worden mit insgesamt 4 400 Betten. Ein wichtiges Kriterium: Die Angebote müssen für mindestens drei Monate gelten. Angebote unter drei Monaten werden sofort verworfen. Die anderen werden von den Hilfsorganisationen geprüft. Laut dem Familienministerium fallen rund zehn Prozent der Unterkünfte durch, weil sie in einem schlechten Zustand sind.

Derzeit haben die Hilfsorganisationen jeweils 100 private Unterkünfte im Angebot, also nur einen Bruchteil der 1 400 potenziellen Unterkünfte. Der Grund: Die Besichtigung und die Gespräche mit den Eigentümern nehmen viel Zeit in Anspruch. Das gilt ganz besonders für Gespräche mit Familien, die Flüchtlinge bei sich zu Hause aufnehmen wollen. Die Datenbank mit den Angeboten wird an das ONA weitergeleitet. Das Amt führt Gespräche mit den Flüchtlingen, um zu ermitteln, ob sie lieber in einer Struktur oder privat unterkommen wollen, und ist letztendlich die Instanz, die die Unterkünfte den Bedürfnissen der Familien entsprechend vermittelt.